

Erkennung von Anhängern... Anzeigen-Carif... 11 bis 12 Uhr... 20 Pf... 25 Pf... 30 Pf... 40 Pf... 50 Pf... 60 Pf... 70 Pf... 80 Pf... 90 Pf... 100 Pf...

Dresdner Nachrichten

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 **J. M. Korschatz**, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarische und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Suppl.-Geschäftsstelle:
Hartenstr. 38.

Reprintredaktion:
Hartl Nr. 11 und Nr. 2006.

Bezugsgebühr:
Hauptstadt 2 Mk. 50 Pf.; durch
die Post 3 Mk.
Für Vertheilung durch den
Postboten...
Telegraphen-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Geegründet 1856.

Albert Kaul, Wein- und Cigarren-Handlung
Albrechtstrasse No. 43 Dresden Ecke Pillnitzerstrasse.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten“

7 PRAGER-STR. 7
FÄCHER
BERNHARD SCHÄFER

Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk
26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26
sämtliche technische u. chirurgische Bedarfsartikel.
Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldmedaille prämiert.

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe **Hermann Pörschel,** Scheffelstrasse 19.
in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.

Nr. 291. Spiegel: Vorgänge im Orient. Hofnachrichten. Sächsische Volkstunde. Dresdner Haushaltungsplan. Rhythmus. Bitterung. Dienstag, 21. Oktober 1902.

Der nahe Osten.

Im fernem Osten ist's still geworden und man regt sich's im nahen; man braucht kein besonderer politischer Rechenkünster zu sein, um diese Abwechslung voraus zu sagen. Der Osten ist nun einmal die Quelle unaufhörlicher internationaler Sorgen und wird es auch wahrscheinlich bleiben, so lange nicht die mohamedanische Herrschaft in Europa endgültig beseitigt und die gelbe Rasse in Orien der europäischen Kultur völlig erschlossen und unterworfen ist. Einmal kann freilich so lange dauern wie das andere. Auch die türkische Wirtschaft im nahen Osten ist keineswegs so leicht auszuwerten, wie sich das manch' Einer vielleicht vorstellen mag. In dieser Beziehung wird ein kleiner, aber beachtender Zug von einem in Konstantinopel beglaubigten Diplomaten erzählt, der gesagt haben soll, er habe sich die Mühe genommen, die Akten der orientalischen Frage zwei Jahrhunderte durch zu studieren, und dabei sei ihm aufgefallen, daß in dieser ganzen Zeit noch jeder seiner Vorgänger versichert habe, das Ende des „Franken Mannes“ stünde unmittelbar bevor. Bis jetzt ist jedoch niemals etwas aus dem so oft angefündigten „Ende“ geworden, vielmehr erweist sich der europäische Mohamedanismus trotz seines entsetzlichen Schandens als von einer merkwürdigen Lebensfähigkeit befeelt, die ihn in kritischen Augenblicken bisher regelmäßig aus der Klammere gelassen hat. Das muß man auch jetzt angesichts der beunruhigenden übrigen auch vielfach ausgebreiteten Nachrichten aus Mazedonien und Albanien sowie bei den Meldungen über die armenische Bewegung im Auge behalten.

Neuerdings ist auch die Dardanellenfrage dank der beflissenen Geschäftigkeit der englischen Diplomaten- und Journalistenfedern zu den Dingen, die der europäischen Öffentlichkeit ein besonderes Interesse an der Türkei abnötigen, hinzugekommen und wieder nach längerer Ruhepause „aktuell“ geworden. Den früheren Anlaß dazu hat die Thatsache geboten, daß der russische Großfürst Nikolaus an Bord eines russischen Kriegsschiffes den Bosphorus passirt hat, im aufsehenerregenden Widerspruch mit den internationalen Verträgen über die Sperrung des Bosphorus und der Dardanellen für alle nichttürkischen Kriegsschiffe. Zum Verständnis der weitgehenden Folgerungen, welche die englische Presse aus diesem Vorgange zieht, ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die diplomatische Entwicklung der Dardanellenfrage erforderlich.

Die stark befestigte Dardanellenstraße, die den Zugang vom Ägäischen zum Marmara-Meer vermittelt, bildet mit dem Bosphorus, der an Konstantinopel vorbei die Verbindung zwischen dem Marmara- und dem Schwarzen Meere herstellt, wie Bismarck zu sagen pflegte, die „russische Haustür“ in der Türkei, zu welcher der Sultan den Schlüssel in der Taube hat. Das ist für Rußland eine sehr heikle und wenig wünschenswerte Lage, da es auf den Bosphorus und die Dardanellen allein angewiesen ist, wenn es seine Flotte aus dem Schwarzen Meer in das Mittelmeer und umgekehrt aus- und einlaufen lassen will. Das russische Interesse gebietet also dringend die Sperrung der genannten beiden Straßen für alle fremden Nationen und die freie Durchfahrt nur für Rußland. Der erste klar umschriebene Ausdruck dieser realpolitischen Erkenntnis war dem im Jahre 1833 abgeschlossene russisch-türkische Vertrag von Hünkâr-Isskelesi, der den Zweck verfolgte, die absolute Unabhängigkeit der Türkei zu russischen Gunsten zu gewährleisten. Rußland übernahm darin die Verpflichtung, auf Verlangen der Türkei alle zur Verteidigung des türkischen Reiches notwendigen Truppen zu Wasser und zu Lande zu liefern, wogegen die Pforte sich anheischig machte, auf Verlangen Rußlands kein fremdes Kriegsschiff unter welchem Vorwande immer in das Schwarze Meer einzulassen, Rußland dagegen die freie Ein- und Ausfahrt zu gestatten. Dieser Vertrag, der Rußland zur zweifellos vorherrschenden Macht im europäischen Osten erhob, wurde nach dem Ablauf seiner 25jährigen Geltungsdauer wegen des Widerstandes der Westmächte nicht erneuert. Wohl aber vereinbarten die Großmächte in einem gemeinsamen Vertrage mit der Pforte vom Jahre 1841, daß keines ihrer Kriegsschiffe, also auch kein russisches, die Dardanellen und den Bosphorus passiren dürfe. Die Meerengen waren also nunmehr für die kontrahierenden Mächte neutralisiert und im Pariser Vertrage von 1856 fand diese Bestimmung erneute Bekräftigung. Demnach trat eine Wendung im Jahre 1870 ein, indem Rußland gewisse, ihm besonders lästige Vorschriften der früheren Abmachungen, die es in der Zahl seiner Schiffe auf dem Schwarzen Meere beschränkten, kurzer Hand aufhob. Durch das sogenannte Londoner Protokoll vom Jahre 1871 wurde dieses einseitige Vorgehen Rußlands als rechtswirksam anerkannt und im Uebrigen der bisherige Zustand abermals bestätigt. Zum letzten Male endlich beschloß sich 1878 der Berliner Kongress mit der Meerengenfrage, und zwar in dem Sinne, daß er die früheren Verträge sanktionirte und gleichzeitig eine Erweiterung ihres Inhalts insofern vornahm, als er die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe auf die Flotten aller fremden Staaten, also nicht-blos der kontrahierenden Großmächte, ausdehnte. Eine Abweichung von diesen Bestimmungen ist nur froh ausdrücklicher Erlaubnis der Pfortenregierung zulässig.

Soweit die bestehenden internationalen Rechtszustände. Die englische Presse behauptet nun und hält trotz aller Elementen an ihrer Behauptung hartnäckig fest, daß der oben erwähnte Großfürst Nikolaus der Träger einer hochwichtigen Mission sei, die nicht mehr und nicht weniger bestude als den Sultan zur Wiederherstellung des Vertrages von Hünkâr-Isskelesi vom Jahre 1833 zu bewegen. Rußland habe auch die bestehenden Verträge bereits durchbrochen, da der Großfürst selbst auf einem Panzer ohne besondere Erlaubnis des Sultans gekommen sei. Das Letztere ist jedenfalls eine nicht zureichende Unterstellung und von der Pforte bereits amtlich durch den Hinweis widerlegt worden, daß derartige Ausnahmen für Monarchen oder Chefs unabhängiger Staaten oder deren beglaubigte Vertreter ausdrücklich vorgezogen seien. Was im Uebrigen die angebliche Wiederherstellung des Vertrages von Hünkâr-Isskelesi anlangt, so erscheint die ganze Sache in der Beleuchtung der augenblicklichen internationalen Verhältnisse durchaus fragwürdig. Das Eine ist allerdings sicher, daß das Zurückgreifen auf den genannten Vertrag einen entscheidenden Erfolg der russischen Orientpolitik im Sinne der unbedingten Vorzugstellung des Jansenreiches bedeuten würde. Durch die Erlangung des freien Durchfahrtsrechtes durch die Meerengen für sich allein belände Rußland Konstantinopel in den Bereich seiner Kanonen und vermöchte in jedem Augenblick mit einer starken Flotte im östlichen Mittelmeer und vor dem Suezkanal, dem Wege nach Ägypten und Indien, zu erscheinen; auch könnte sich dann das russische Schwarze Meer-Geschwader mit der französischen, italienischen und vielleicht auch der spanischen Flotte vereinigen, was, wie ein russisches Blatt in einer Erörterung des Gegenstands mit besonderer Betonung bemerkt, das Ende der englischen Herrschaft im Mittelmeere bedeuten würde. Ferner läge noch die Möglichkeit einer russischen Besetzung Konstantinopels nach dem Abbruch eines derartigen Vertrages zwischen dem Jansen und dem Sultan in Betracht. Es ist also wohl begründet, daß die Petersburger Vollstrecker des Testaments Peters des Großen nach einem solchen Endziele streben. Gleichwohl ist nicht anzunehmen, daß gerade der jetzige Augenblick von den Leitern der russischen Politik dazu auszuwählen sein sollte, den Stein ins Rollen zu bringen. Rußland kann bekanntlich warten; es versteht lange, mit zäher Ausdauer und bewundernswürdiger Geduld zu warten, bis ihm vielleicht schließlich einmal der Gang der Ereignisse die reise Frucht von selbst in den Schooß wirft.

Immerhin hat die englische Nachricht, auch wenn man sich ihren sensationellen zugestanden Charakter vor Augen hält, insofern eine nicht zu unterschätzende aktuelle Bedeutung, als ihre Erörterung in der Londoner Presse erkennen läßt, daß Großbritannien, nachdem es die Puren glücklich los geworden ist, sich wieder des englisch-russischen Gegenstandes härter bewusst zu werden beginnt. Damit aber nicht genug, geht die englische Presse auch schon zu Drohungen über, indem sie erklärt, ein solcher Schritt Rußlands würde „unvermeidlich den europäischen Frieden gefährden“. Gleichzeitig beginnt das alte Spiel, daß Deutschland zusammen mit Oesterreich als Sturmbold für englische Interessen gegen Rußland vorgeschoben wird. So läßt sich das Londoner Regierungsblatt, der „Standard“, aus Wien melden, Deutschland und Oesterreich hätten einen Gegensatz gegen Rußlands Dardanellenplan vor, und zu dem Zwecke sei Rumänien angestiftet worden, von der Pforte die Erlaubnis für die Durchfahrt einiger Kriegsschiffe zu erbitten; die Antwort der Pforte siehe noch aus. Natürlich ist hierbei ausschließlich der englische Wunsch der Vater des Gedankens. Die eine Zeit lang so wohlthunend ruhige internationale Lage kann auf diesem Wege leicht wieder jenen unruhigen, nervösen Anstrich gewinnen, der sie zum allgemeinen Leidwesen früher kennzeichnete, als England seine Hinterhand überall im Spiele hatte. Das ist der springende Punkt der Meinung von der angeblich bevorstehenden Erneuerung des Vertrages von Hünkâr-Isskelesi zwischen Rußland und der Türkei.

In dem Leitartikel der letzten Sonntag-Nummer über „Nationale Erziehung und humanistisches Gymnasium“ muß es in der 1. Spalte, Abschnitt 2, Zeile 17 statt „geschichtliche“ heißen „geographische“, so daß der Satz lautet: „Im Laufe der Jahre verändert sich der Mensch: seine religiöse und philosophische, seine geschichtliche und politische Ueberzeugung ist in steter Wandlung begriffen.“

Neueste Drahtmeldungen vom 20. Oktober.
(Nacht eingehende Deveschen befinden sich Seite 4.)
Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Der Reichstag legt die zweite Beratung der Zolltarifvorlage bei den Windelkassen für Weizen und Roggen fort. — Abg. Graf Schwerin-Poelitz (konf.) erklärt, mit einem kleineren Theile seiner Fraktion für die Kommissionsbeschlüsse 6 Nr. für Weizen, 54 Nr. für Roggen zu stimmen. Er und seine engeren Freunde würden glauben, sich einer Wobalen Verleugung bei in der Kommission abgeschlossenen Kompromissen, zumal gegenüber dem Centrum, schuldig zu machen, wenn sie jetzt den Antrag Wangenbein annehmen, und so die schleunige Annahme der Kommissionsbeschlüsse gefährdeten. Es könnte dann auch kommen, daß ein positiver Beschluß hier bei der zweiten Lesung überhaupt nicht zu Stande käme, und daß dann die Vorlage scheiterte. Von der Regierung hoffe er doch noch, daß sie bis zu den Kompromiß-

bedürfnissen entgegen kommen werde. Scheiterte diese Absicht des Reichstages, so würde voranschreitend aller Gewerbstände sich eine große Wohlthatigkeit bemächtigen und die Preise sich noch verschärfen. Der Verantwortung dafür könne die Regierung nun und nimmer mehr entkommen werden. Wir haben das Innere gethan, dem Reichsanwalt, thun Sie das Ihre! (Beifall.) — Württembergischer Minister v. Fischer konstatirt zunächst, daß auch der andere Theil der Heineren Landwirthe Württembergs eine Erhöhung der Getreidezölle für nöthig hält, und tritt weiter für die Verlang der Regierung ein. Das, was diese betrie, sei doch keineswegs so minimal, wie die Herren auf der Rechten behaupten. (Beifall links.) Die Regierung könne doch nicht nur auf die Landwirthe, sondern sie müsse auch auf die konsumierende Bevölkerung Rücksicht nehmen. Sie könne nicht gar so weit gehen, wenn nicht Millionen von Arbeitern geschädigt und die ganze wirtschaftliche Lebenshaltung herabgedrückt werden solle. — Abg. Sattler (nat. lib.) äußert zunächst seine Genehmigung darüber, daß auch unter den Konservativen noch Leute seien, die die Straßenszene nicht missägen wollten, die die Herren v. Wangenheim und Deisen freundlich begrüßen. Redner plaidirt im Uebrigen für die Höhe der ursprünglichen Regierungsvorlage. Angesichts der Verhältnisse der Regierung, höhere Zölle nicht gewöhren zu können, sei es arader eine Beschneidung der verbandeten Regierungen, anzunehmen, daß sie sich schließlich doch noch zu höheren Zölen verstehen müßten. (Beifall links.) Herr v. Harbott meint endlich, daß Beschalten der Regierung, komme gleich einem „Niß Vogel über die Welt“, die Reichheit wolle aber im Gegentheil die Regierung zwingen, sich schon vor den Verhandlungen mit den anderen Staaten darauf festzulegen, über gewisse Angelegenheiten nicht hinauszugehen. Auf jeden Fall sei es bei solcher Sachlage Zeit, sich abzumachen, wenn es sich dabei herausstelle, daß die Wichtigkeit der Vorläufe der Regierung nicht ein, sondern darüber hinausgehen wolle, und nicht weiter zu verhandeln. (Zehr richtig!) Links Sie sehen ja, wie die Herren auf der äußersten Linken mit Heben vorgehen wollen, um des Jansenbalkens der Vorlage zu verhindern. Nummer nach dem Alphabet! Antrag (Reiterleit), Vaudert, Collier (Jurahe links; Stabthagen!) Jawohl, meine Herren! Herr Stabthagen immer das wichtige (Große Deckerleit), und wie Herr v. Wangenheim und seine Freunde sich helfen werden, wissen Sie ja auch; aber was können Sie von einer dritten Lesung hoffen? Die Regierung solle aus dieser Thatsache die Lehren ziehen und eventuell den Reichstag auflösen. (Beifall links.) Was soll jetzt noch alles Heben, entweder möge die Regierung den Reichstag auflösen oder wenigstens die Vorlage zurückziehen. (Beifall links, Unruhe rechts und in der Mitte.) Es ist unmöglich, den Reichstag zu fünf Monate fortsetzen und fortwährend zu lassen. Der Reichsanwalt möge auch erwidern, daß er mit allen seinen Erklärungen so gar nicht einmal rechten Muthen bei jenen Herren dort geübt habe. Ich will nicht unterreden, worin dieser Unruhe keine Ursache hat. (Nur links: Kanal!) Das beste Mittel für den Reichsanwalt, sich bei den Herren Muthen zu verhalten, ist, daß er in diesem Falle konsequent vorgeht. (Reiterleit und Beifall links.) — Abg. Klein (Centr.) weist darauf hin, daß die Nationalliberalen in der Kommission für den Kompromiß getimmt haben. Er wolle nicht, habe sein eigenes oder Herrn Sattler's Geständnis ein Loch; letzteres müsse aber dann ein sehr großes sein. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Sattler spricht so tapfer, weil er überzeugt ist, die Auflösung kommt ja doch nicht. (Reiterleit.) Wir in Bayern fürchten die Auflösung ebenfalls nicht; denn erfolgt sie, so kommt bei uns doch kein Liberaler durch. (Reiterleit, Zurufe: Sattler!) Sie, Herr Sattler, kommen am allermeisten bei uns durch! (Stürmische Heiterkeit.) Die Rede Sattler's war ein Mannentrug für die äußerste Linke. Mit Rücksicht auf die Wahlen ist Hofnung an ein Kartell der Linken. (Große Heiterkeit links.) Redner tritt dann für seinen Sechs-Mark-Antrag ein und erklärt gleichsam einen Sechs-Mark-Zoll für Getreide als unzulässig. Er und seine Freunde verlangen auch unter allen Umständen Bindung der Reichsölle, damit diese nicht als Kompensationsobjekt dienen können. Der Bund der Landwirthe sei nicht erst zu nehmen. Hier verlange dieser 7 1/2 Mk. und bei den Wahlen unterstütze er sogar Leute, wie die Nationalliberalen, die für den Entwurf der Regierung zu haben seien. Wie sei er selbst vom Bunde der Landwirthe herangezogen worden, er möchte doch dafür sorgen und in seiner Partei dafür wirken, daß die kleine Minderheit scheitere. Schließlich hätte er das schriftlich neben stellen, denn auf mündliche Versicherungen sei ja nicht sein Verlaß. Er habe denn auch hier gegen die Minderzahl getimmt, aber die Minderheit? Mit schönen Worten hätten denn dem Tage eine andere Auslegung gegeben. — Abg. Winterer (W.) erklärt, seine Freunde legten im Interesse der Industrie Gleichzeitigkeit einen besonderen Werth auf die Erhöhung der industriellen Zölle und langfristige Handelsverträge; sie hielten aber ebenja höhere landwirtschaftliche Zölle für nöthig und seien deshalb für die Regierungsvorlage. — Abg. Kaufmann (Neben) Voller, äußert seine Genehmigung darüber, wie der Vater Heim das demagogische Treiben des Bundes der Landwirthe geschädigt habe und wpricht sich dann entschieden gegen die Vorlage, wie überhaupt gegen jede Erhöhung der Getreidezölle aus. In Württemberg bestehe die Gefahr, daß im Falle der Annahme dieses Tarifs die kleinen Bauern in das sozialdemokratische Lager übergingen. — Vauer, Finanzminister Herr v. Nibel bekämpft die Minderheit's Wünsche wegen weiterer Erhöhung des Getreidezölle. Was bei der Landwirthschaft geschehen konnte, sei geschehen, und was Manche seien der Meinung, daß vielleicht gar etwas zu viel geschehen sei. (Nur links: Sehr richtig!) Wird der Getreidepreis durch den Getreidezoll zu hoch getrieben, dann werde die Brauereierportindustrie sehr geschädigt. Die Großbrauer könnten den hohen Zoll nicht tragen, denn sie füllten ihn schon genug von der Steuer gewandt. (Große Heiterkeit.) Der Rückgang der Brauereier-Industrie würde auch auf die Landwirthschaft nachtheilig zurückwirken. Man möge sich des Wortes erinnern: „Das Beste ist des Guten Feind!“ — Abg. Barth (frei, Vereinig.) Eine elendere Vorkriegs-Erklärung der antirisch-protektionistischen Interessenpolitik, als wie sie sich jetzt zeigt, habe es noch nicht gegeben. Um 50 Pfennige könnten sich die Herren noch nicht einmal einigen! Ein Ränzsignifikanz liegt in die Verdauungsorgane der Gleichzeitigkeit gerührt (Reiterleit), und daran scheitere die ganze Sache. Das System der Mindestpreise sei ein Mißtrauen der Regierung und nüge den Agrariern doch nichts; denn wenn die Regierung bei den Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande sehe, daß es so nicht geht, wird sie doch unter

Erkennung von Kindern... Milch... 100 Pf...